

Antrag vom 07.10.2025

Eingang bei: L/OB

Datum: 07.10.2025

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Zentrale Silvesterveranstaltung auf dem Stuttgarter Schlossplatz

Antrag zur Vorlage 0928/2025 BV

Böllerverbot im Cityring sicherstellen

Wir beantragen:

1. Die Stadt geht auf das Polizeipräsidium Stuttgart zu und sorgt dafür, dass zum Jahreswechsel 2025/26 – wie in den vergangenen Jahren auch - im gesamten Cityring eine Verbotszone für pyrotechnische Gegenstände aller Art ausgesprochen und durchgesetzt wird.

Begründung:

Seit vielen Jahren legen immer mehr deutsche Städte für die Silvesternacht Verbotszonen für Feuerwerkskörper fest.

In der Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen sowie neben leicht brennbaren Gebäuden wie Reet- und Fachwerkhäusern darf bundesweit grundsätzlich nicht geböllert werden.

Viele Städte haben zudem Verbotszonen auf Grundlage einer Einschätzung des jeweils zuständigen Polizeipräsidiums aufgrund akuter Gefahrenlagen angeordnet. Köln hat eine große Zone innerhalb der Innenstadt, in Düsseldorf darf in der Altstadt kein Feuerwerk gezündet werden, Hannover setzt auf ein weiträumiges Böllerverbot, das große Teile der Stadt betrifft und in Frankfurt gilt ein Böllerverbot mittlerweile nicht nur auf dem Eisernen Steg, sondern auch in der Einkaufsmeile „Auf der Zeil“ sowie im Bereich der Haupt- und Konstablerwache.

Eine solche Verbotszone braucht es auch weiterhin in Stuttgart, das hat Verwaltung und Polizeipräsidium im letzten Verwaltungsausschuss nochmals dargelegt. Begleitende, öffentlich finanzierte Silvesterfeierlichkeiten innerhalb der Verbotszonen gab es allerdings sonst nur in Berlin, wo diese aufgrund der aktuellen Finanzlage der Stadt mittlerweile abgesagt wurde. Verbotszonen in verschiedenen Teilen der Stadt sind dagegen weiterhin geplant.

In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage und der massiven Einsparungen, die in allen Bereichen der Stadt notwendig sein werden, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, halten wir auch in Stuttgart eine städtische Silvesterveranstaltung für fast 1 Million Euro in diesem Jahr für nicht verhältnismäßig und vermittelbar.

Immer wieder verletzen sich Menschen mit Pyrotechnik schwer - teils sogar tödlich. Krankenhäuser, Polizei und Feuerwehr befinden sich über Stunden und manchmal Tage in einer Ausnahmesituation. Zudem führen private Feuerwerke zu einer hohen Belastung der Atemluft mit giftigen Verbrennungsabgasen, zu Tierleid und Tonnen an Abfall. Doch solange es keine entsprechende Regelung des Bundesgesetzgebers gibt, sind lokal begrenzte Verbotszonen zumindest eine vielerorts praktizierte Möglichkeit, die ergriffen werden muss und kann, um Schlimmeres zu verhindern.

GEZ.

Petra Rühle

Björn Peterhoff

Anlage/n
Keine